indem die Ausgaben sich auf 42 500 000, die Einnahmen auf 43 541 000 Kr. beliefen. Das neue Budget für Juli 1887 bis dahin 1888 ist mit einer Einnahme- und Ausgabesumme von 44 100 000 Kronen aufgestellt. Darin kommen auf Ausgaben für das königliche Haus 477 482 Kr. gegen 479 632 in dem laufenden Finanzjahre, und auf das Vertheidigungswesen 9 489 891 gegen nur 9 197 106 im gegenwärtigen Finanzjahre. Beim königlichen Hause ist keine Ausgabe für Apanagen aufgeführt. Es soll, wie die amtliche schwedische Zeitung erklärt hat, damit auf die Entscheidung des schwedischen Reichstags gewartet worden. Bewilligt dieser die Apanagen in der jetzt vorgelegten Form — und der dortige Staatsausschuß hat sich bereits für die Genehmigung ausgesprochen —, so soll hier nachträglich der entsprechende Antrag gestellt werden. Für die Armee erscheint außer dem ordentlichen Budget ein außerordentliches im Betrage von 390 000 Kronen, und für die Flotte ein solches zu 580 000. Die letztere Summe wird für 3 Torpedoboote 1. Klasse und für ein solches Boot 2. Klasse beansprucht. Für königliche Kommissionen, deren noch eine ganze Reihe ernannt worden, sind im Budget nicht weniger als 98 000 Kronen angesetzt.

In der Thronrede treten die Vorlagen über Geschworenengerichte und über die Organisation der Armee als die wichtigsten hervor; dagegen ist des Gesetzes über die kirchlichen Gemeinden und deren Wahlrechte keine Erwähnung gethan, so daß man annehmen kann, die Regierung wolle vorläufig von diesem bei der reinen Linken sehr mißliebigen Gesetze absehen. Jene zwei ersteren Gesetze gelten in der Linkenpresse als „zusammenhaltende Sachen." Durch die Geschworenengerichte soll Norwegen keine Reform sehr zweifelhafter Art aufgenöthigt werden, nach welcher das Land nicht verlangt, die aber zu den alten Punkten des dem Auslande entnommenen liberalen Programms gehört, und die jedenfalls große Kosten und Unbequemlichkeiten herbeiführt. Indeß kann es kommen, daß die Laubeit der Aufnahme eine abermalige Verschiebung der Sache räthlich erscheinen läßt. Dagegen kann der andere zusammenhaltende Gegenstand, die Armeeorganisation, bei dem auch in der Thronrede bemerkten „Ernst der Zeit" und dem dringenden Verlangen der Regierung nicht vertagt werden. Der jetzt endlich im Kriegsdepartement vollendete Plan knüpft sich an das vor zwei Jahren angenommene neue Wehrpflichtsgesetz, nach welchem nicht weniger als 13 Jahrklassen organisirt werden, von denen 5 zur Vertheidigung des Vaterlandes, „wo es Bedürfniß ist", (verschämter Ausdruck für „im Dienste der Union") gebraucht werden, die anderen 8 an den Dienst „innerhalb der Grenzen des Landes" gebunden sein sollen. Nach Mittheilung der Linkenblätter übersteigt das im Kriegsdepartement angenommene neue Armeebudget nicht 6 250 000 Kronen. Daß für diese Summe eine Armee von 13 Jahrklassen gehörig organisirt gehalten werde, ist nach „Morgenbladet" völlig unmöglich; aber da die Pflicht gegen die Union und die Ehre des Landes auf diesem Gebiete für die Linke wenig in Betracht kommen, so ist keine Hoffnung auf Aenderung des Wehrpflichtsgesetzes vorhanden, und ebenso wenig wird man bei den gegenwärtigen wirthschaftlichen Zuständen eine Erhöhung des Armeebudgets, welche den 13 Jahrklassen, wenn sie kriegsbereit sein sollen, entsprechen könnte, beschließen.

Auf Grund der Ermittelungen der Militairkommission, deren Mitglieder eine besondere Reise nach dem hohen Norden deshalb veranstaltet hatten, soll die allgemeine Wehrpflicht auch im Amte Tromsö — also nicht im Amte Finmarken — eingeführt werden; indeß soll die dortige waffenfähige Mannschaft nur der Landwehr angehören.

Einem abermaligen großen Streite zwischen den Ostedalern und den Radikalen über das Dichtergehalt für Alex. Kjelland hat die Regierung dadurch vorzubeugen gesucht, daß sie unter den für Dichter und Komponisten verlangten Bewilligungen von zusammen 8800 Kronen für Kjelland 1600 Kronen als „Ersatz für den Verlust in Folge mangelnden Schutzes des literarischen Eigenthums" aufgeführt hat.

In Anlaß des wegen der „Albertina" an das Justizministerium ergangenen Protestes der Arbeiterversammlung erklärt eine Resolution der Regierung, daß es bei der Beschlagnahme sein Bewenden habe.

Die Zolleinnahmen des Landes betrugen vom 1. Juli 1886 bis zum 31. Januar d. J. 13 964 085 Kronen, während sie im entsprechenden Zeitraume des vorigen Finanzjahres 14 231 782 Kronen betrugen.

Journal-Revue.

Dem „Schwäbischen Merkur" geht aus Ulm ein Stimmungsbericht zu, der aus der unmittelbarsten Wahrnehmung meldet, daß „infolge des päpstlichen Briefes eine völlige Verwirrung in den Kreisen der katholischen Wählerschaft eingetreten ist. Der Klerus zeigt eine Zurückhaltung, die den Laien auffällt, das Volk der Wähler strauchelt und weiß zur Stunde nicht, was thun. Sie haben Alle das Schreiben des Papstes gelesen. Sie haben seinen Inhalt verstanden und daraus entnommen, daß der Papst die Führer des Zentrums ermahnt hat, mit der Regierung unseres Kaisers Frieden zu machen und in diesem Frieden das Heil der Kirche zu erstreben. Das haben sie deutlich gelesen und verstanden, und alle Versuche, den Inhalt des Briefes zu verwirren und zu verwickeln und das Unrecht des Zentrums zu vertuschen, sind ohne Erfolg. Der Papst wird Gehorsam finden. Die Truppen werden von links nach rechts marschiren und die friedfertige Kirche über das kampfgenährte Welfenthum den Sieg davontragen."

Die „National-Zeitung" bemerkt: „Die „Germania" versichert, daß der Abg. Windthorst das zuletzt veröffentlichte, erste Jacobinische Schreiben „nicht eher zu lesen bekommen, als alle übrigen Bewohner Berlins, also vorgestern!" Damit soll offenbar der Eindruck des krassen Widerspruchs zwischen der Aufforderung an die Führer des Zentrums, ihren Einfluß bei allen ihren Fraktionskollegen für das Septennat aufzubieten, und der Behauptung des Herrn Windthorst in Köln, es sei ihm nur unter der Verpflichtung zu strengster Diskretion eine Mittheilung gemacht worden, abgeschwächt werden. Diese Wirkung wird indeß nicht erreicht werden. Vielleicht hat der Nuntius den Zentrumsführern keine so wortgetreue Abschrift der Jacobinischen Depesche zugestellt, daß darin auch die Anrede „Hochwürdigster Herr" und die Unterschrift „L. Kardinal Jacobini" enthalten war. Aber daß der Nuntius die Herren Windthorst und v. Franckenstein über den materiellen Inhalt, insbesondere über den eigentlichen Zweck des Schriftstücks im Unklaren gelassen habe, das wird wohl Niemand glauben."

Der „Hannoversche Kourier" sagt: „Die Herren Windthorst und v. Franckenstein haben dem Papste „die große Freude" nicht bereitet, haben ihren Parteikollegen vielmehr die Mittheilung vorenthalten, daß sie durch eine dem Septennat günstige Abstimmung dem Oberhaupte ihrer Kirche eine große Genugthuung bereiten könnten. Herr Windthorst hat diese Unterschlagung des päpstlichen Wunsches mit seinem Gefühl für Diskretion entschuldigt. Das Schreiben des Kardinals Jacobini vom 3. Januar zeigt nun unzweifelhaft, daß sich Dr. Windthorst auf dem Parteitage in Köln eine grobe Unwahrheit hat zu schulden kommen lassen. Nach der ausdrücklichen Weisung des Staatssekretairs sollten die Führer auf ihre Parteigenossen zu Gunsten des Septennats einwirken. Von einer Diskretion den Mitgliedern des Zentrums gegenüber konnte gar nicht mehr die Rede sein. Aber auch nach Auflösung des Reichstages haben die Herren Windthorst und v. Franckenstein das Vorhandensein der Schriftstücke aus der päpstlichen Kanzlei ihren Parteifreunden verschwiegen. Und ein Mann wie Graf Preysing, neben v. Franckenstein das vornehmste bayerische Mitglied des Zentrums, hatte bis zum 4. Februar keine Kenntniß von dem Schriftwechsel der Parteiführer mit dem Vatikan. . . . Das ist gerade für Nassau praktisch sehr wichtig. Mehrere „deutschfreisinnige" Abgeordnete aus dortiger Gegend pflegten nur darum über ihre nationalliberalen Gegner zu siegen, weil sie die Unterstützung der Ultramontanen hatten. Kurz, die vatikanische Note scheint auch das fortschrittliche Korn gründlich zu verhageln."

Die „Neue Züricher Zeitung" findet am interessantesten an den nach Bekanntwerden der Jacobinischen Briefe bekannt gewordenen Vorgängen, „daß die freisinnige Presse viel entschiedener als das Zentrum selbst das Schreiben als einen Triumph des letzteren und namentlich der Windthorstschen Politik ansieht oder anzusehen sich den Anschein giebt. Allerdings hat sie sehr viel mehr noch als das Zentrum zu verlieren; denn dieses kann eine katholische Partei bleiben, indem es seine politischen Grundlagen reformirt; aber Eugen Richter hat va banque gespielt und verliert nun eine Position um die andere."

Der Erlaß des Bischofs von Limburg veranlaßte eine Berliner Korrespondenz ultramontaner Blätter, die Stellung der katholischen Geistlichen zur Zentrums-Agitation überhaupt zu erörtern; es heißt darin: „Während der heißen Kampfeszeit standen natürlich alle Geistliche mit in der ersten Linie; als die „diplomatisirende" Periode des Kulturkampfs eintrat, mußten zunächst die Bischöfe und nach ihnen manche Geistliche sich in den politischen Angelegenheiten eine gewisse Reserve auferlegen, um nicht auf staatlicher Seite Stimmungen oder Maßnahmen zu provoziren, welche ihrer geistlichen Aufgabe schädlich werden könnten. Seit die Anzeige vorläufig konzedirt ist, hat sich der Kreis der „Rücksichten", welche die Geistlichen dem Staate gegenüber zu nehmen haben, sehr und vielfach leider zu sehr, erweitert. Nachdem es nun neuerdings der Regierung gelungen ist, den hl. Vater zur Kundgabe eines Wunsches bezüglich der schwebenden politischen Streitfrage zu bewegen, wird den Geistlichen eine noch schwerere Aufgabe in der Ausgleichung und Vereinigung der verschiedenen kirchlichen und politischen Rücksichten, Obliegenheiten und Rechte gestellt. Wir kennen ja die Tüchtigkeit, Pflichttreue und Klugheit unseres Klerus zu gut, um je zu glauben, daß er die Fahne des Zentrums verlassen und verrathen werde. Aber aus den angedeuteten Umständen ergiebt sich die unzweifelhafte Thatsache, daß ein großer Theil des Klerus nicht mehr so unmittelbar und so kräftig an der Wahlagitation sich betheiligen kann, wie bisher. Mit diesem Verhängniß müssen wir uns abfinden."

In einem Artikel der „Neuen Preußischen Zeitung" „Die Wahrheit über das Wahlkartell" befand sich der Satz: „Gleichwohl müssen wir annehmen, daß ein Schriftstück vorhanden ist, auf welches man sich im nationalliberalen Lager (nämlich bei den Schwierigkeiten, welche von dieser Seite der loyalen Durchführung des Wahlkartells in den Weg gelegt würden) stützen zu dürfen glaubt". Darauf wird in der „Konservativen Korrespondenz", und zwar kenntlich gemacht als offizielle Auslassung der deutsch-konservativen Partei, dem feudalen Blatte entgegengehalten: „Es wird damit der Meinung Vorschub geleistet, als ob neben dem bekannten publizirten Wahlkartell noch geheime Abmachungen in einem separaten Protokoll niedergelegt seien. Da die „Kreuz-Zeitung" selbst eine Klärung der Sachlage für unerläßlich hält, wird hiermit von berufenster Stelle ausgesprochen, daß außer dem im Wortlaut veröffentlichten Wahlkartell weder irgend welches besondere Protokoll, noch sonstige geheime mündliche oder schriftliche Abmachungen existiren. Der Redakteur der „Kreuz-Zeitung" muß durch die Verhandlungen innerhalb des deutschkonservativen Parteivorstandes, welchen er selbst persönlich beigewohnt hat, darüber vollständig informirt sein. Uebrigens hat in allen Fällen, in denen sich unsere Parteifreunde auf Grund des Wahlkartells an den Zentralvorstand gewendet haben, eine Einigung unter den drei Parteien stattgefunden, welche den Bestimmungen des Kartells entspricht; nur in drei Fällen sind die in voller Loyalität eingeleiteten Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt, beziehungsweise sind die Wünsche der Parteivorstände innerhalb der Wahlkreise nicht befolgt worden."

In einem Wahlartikel sagt die „Staatsbürger Zeitung": „Wollten etwa deutsche Wähler, weil sie nicht darauf rechnen können, für ihren speziellen Kandidaten die Mehrzahl der deutschen Stimmen zu gewinnen, sich zu Kompromissen mit den Polen und Dänen herbeilassen, so wäre das eine Selbsterniedrigung und ein Verrath an der deutschen Sache. Es kann nicht schwer sein, zu erkennen, welcher Kandidat in den einzelnen Wahlkreisen die Mehrzahl der deutschen Stimmen für sich haben wird. Sobald sich, sei es in den Wahlversammlungen, sei es infolge einer Uebereinkunft der Vertrauensmänner, die im Stande sind, die Stimmung zu beurtheilen, für einen Kandidaten überwiegende Aussichten herausgestellt haben, ist es die Pflicht eines jeden Deutschen, nach Kräften für denselben einzustehen, selbst wenn er Betreff der inneren Fragen den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen sollte. Ja, selbst dann hörte diese Pflicht nicht auf, wenn nicht einmal durch den Verzicht auf spezielle Wünsche die Aussicht erwächst, dem gemeinsamen Kandidaten der Deutschen die Majorität zu verschaffen. Durch immer engeren Anschluß aller deutschen Elemente und immer energischeres Betonen der nationalen Interessen erstarkt nach und nach die Kraft und das Selbstbewußtsein und hilft endlich zum Siege."

Parteibewegung.

— Vorstände und Obmänner der reichstreuen Parteien im 3. Berliner Reichstagswahlkreise waren am Freitag in den Arminhallen versammelt, um die Organisation der Wahlagitation festzustellen. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Dr. Horn mit einer Ansprache eröffnet, die in einem mit stürmischer Begeisterung ausgebrachten Hoch auf unsern Kaiser schloß. Bezüglich der Präsentation der Kandidatur des Ober-Bürgermeisters Dr. Miquel wurde einstimmig beschlossen, der allgemeinen Wählerversammlung die alleinige Kandidatur des Herrn Miquel zu präsentiren. Die erste allgemeine Wählerversammlung, wozu alle Wähler, die für das Septennat stimmen, eingeladen werden, wird Donnerstag im Buggenhagenschen Saale stattfinden. Hervorragende Abgeordnete werden daran theilnehmen.

— Die famose Versammlung des fortschrittlichen Vereins **Hasenhaide**, zu welcher wie bereits erwähnt, unter Inaussichtstellung aller möglichen Benefizien (sogar ermäßigter Eintritt zur Schreckenskammer des Panoptikums) eingeladen wurde, hat stattgefunden, und hat Herr Professor Virchow als „deutschfreisinniger" Kandidat dort gesprochen. Derselbe erzählte, er erhalte täglich eine Fluth von Zuschriften, durch welche ihm der Rath ertheilt würde, lieber der Wissenschaft obzuliegen, da er von Politik doch nichts verstehe. Wie aus der „Voss. Ztg." hervorgeht, bezeichnet Herr Virchow diese Rathsertheiler als „kranke Menschen". Wäre Herr Virchow wirklich dieser Ansicht, so sollte man meinen, daß er noch ganz besondere Veranlassung hätte, jenem Rathe zu folgen.

— Es wurde bereits erwähnt, daß der bisherige Führer der „Deutschfreisinnigen" in **Bunzlau**, Stadtverordneten-Vorsteher Müller, sich wegen des Septennates von dieser Partei abgewendet hat. Derselbe erklärte, die Verwerfung des Septennates sei ein taktischer Fehler der Partei gewesen, als er aber dieser Ansicht in einer, letzten Sonntag in Bunzlau abgehaltenen Versammlung der „Freisinnigen" Ausdruck gab, wäre er beinahe furchtbar verhauen worden, „glücklicher Weise — sagt der „deutschfreisinnige" „B. a. d. R." — gelang es ihm, sich von der Rednertribüne durch die Küche zu retiriren, um sich den fühlbaren Gegengründen der entrüsteten Versammlung zu entziehen." Derartige schlagende Gründe des „Deutschfreisinns" müssen allerdings ein recht wirksames Argument sein.

— Der Generalbevollmächtigte des ultramontanen Grafen Hugo Henckel v. Donnersmarck auf Naclo, Reichstagswahlkreis **Tarnowitz**, versendet im Auftrage seines Machtgebers ein Rundschreiben, in dem es heißt:

„Es ist der Wunsch Seiner Hochgeboren des Herrn Grafen, daß die gräflichen Beamten, die sich an der bevorstehenden Reichstagswahl betheiligen, einen Mann wählen, der regierungsfreundlich ist und dabei womöglich auf der anderen Seite sich dem Zentrum nähert. Nach der Ansicht Seiner Hochgeboren würde die Bewilligung des Septennats viel zur Erhaltung des Friedens beitragen."

— In **Frankfurt a. M.** beschlossen die Ultramontanen mit Einstimmigkeit, schon im ersten Wahlgange für den Kandidaten der Demokratie, Herrn Leopold Sonnemann, einzutreten, nachdem der Vorsitzende mitgetheilt hatte, daß auf erlassene Anfrage die Zentralleitung der Zentrumspartei diesen Beschluß gutgeheißen hat.

— Aus **Montabaur** schreibt man uns:

Der Unterwesterwaldkreis war bisher der vergeblich bestrittene Wahlkreis des Abg. Dr. Lieber. Allem Anschein nach wird dieses jetzt anders werden. Die Abstimmung des Zentrums bei der Militairvorlage hat dem größten Theile der Wähler erst gezeigt, was sie jetzt zu thun haben. Freudig begrüßt wurde daher der Wahlaufruf für Amtsgerichtsrath Schlüter in Oberlahnstein, welcher ein ebenso guter Katholik wie treuer Unterthan seines Kaisers ist. Großen Eindruck auf die hiesige, durchgehends streng katholische Landbevölkerung machen die jetzt erst bekannt gewordenen Erklärungen des Papstes und besonders der Erlaß des Bischofs zu Limburg, betreffend das Verbot der Betheiligung des Klerus an der Wahlagitation gegen die Anhänger des Septennats.

— Herr Alfred Krupp in **Essen** wendet sich in einer von der „Elberf. Ztg." mitgetheilten Ansprache an die Angehörigen seiner Gußstahlfabrik und der seiner Firma Friedr. Krupp gehörenden Berg- und Hüttenwerke. Es heißt in der Ansprache, nach Hervorhebung der wohlwollenden Beziehungen zwischen Herrn Krupp und den 20 000 Arbeitern der Werke und nach dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Heeresvorlage für die Erhaltung des Friedens, von dem auch das Gedeihen der gewerblichen Thätigkeit bedingt sei:

„Ich habe bekanntlich zwar niemals mit den öffentlichen Fragen der Gemeinde-, Staats- und Reichsverwaltung, Gesetzgebung und dergleichen mich befassen dürfen, weil meine Werke meine geringe Kraft bedurften; heute darf ich aber der Mitwirkung zur Lösung einer Lebensfrage für das Deutsche Reich mich nicht entziehen, ebenso hat auch mein Sohn Friedr. Alfred Krupp die ihm angetragene Kandidatur für den Kreis Essen nur zu dem Zwecke angenommen, im Falle seiner Wahl die gedachte Regierungs-Militairvorlage zu unterstützen. Schließlich empfehle ich zugleich hiermit ebenso dringend auch allen auf meinen entfernten Berg- und Hüttenwerken in Westfalen, Rheinland und Nassau thätigen Wahlmännern diesen Rath zu beherzigen und in gleichem Sinne zu wirken."

— Ein Wahlaufruf, der im Wahlkreise **Nürnberg** zu Gunsten der Wahl des nationalen Kandidaten, Kommerzienraths Schwanhäußer, verbreitet ist, wendet sich auch speziell an die Arbeiter und sagt ihnen:

Arbeiter!

Wenn Euch bei dem Wühlen und Hetzen böswilliger Volksverführer noch ein Funken von Vaterlandsliebe geblieben ist, dann erinnert Euch, daß es der Kaiser war, der uns die Verfassung und das allgemeine Stimmrecht gab.

Er war es, der in seiner Thronrede vom 17. November 1881 betonte, daß es die Aufgabe des Staates sein müsse, die sozialen Schäden durch positive Förderungen zu heilen. Ein leuchtendes Beispiel fürsorglicher Herrschertugend allen Völkern und allen Zeiten!

Nur der kräftige, geordnete und wohlhabende Staat, der Staat, der auf eigenen Füßen steht, vermag soziale Fragen zu lösen Auf den Trümmern der alten Welt läßt sich keine neue, bessere aufbauen.

Wählt den Kandidaten, der zum Kaiser, dem Anwalte der Armen und Schwachen, hält.

— Das Präsidium des Militairvereins-Bundes in **Sachsen** hat eine Ansprache an die dem Bunde angehörigen Vereine gerichtet, in welcher es heißt: „Kameraden! Ganz Deutschland blickt auf uns und erwartet, daß alle alten Soldaten, wie auf dem Felde der Ehre, so auch im gegenwärtigen Augenblick ihrer Pflicht eingedenk sein werden. Fehle daher keiner von uns an der Wahlurne, wende keiner die leider so oft zu hörenden Worte ein: „wegen meiner Stimme wird es wohl fortgehen", es kann auf eine Stimme ankommen, es gilt zur Ehre unseres Bundes zu beweisen, daß wir uns unserer Aufgabe als Militairverein voll und ganz bewußt sind! Wir ersuchen Sie daher, die Kameraden Ihres Vereins zusammen zu rufen und aufzufordern, zu nächster Reichstagswahl Mann für Mann auf dem Posten zu sein. Geschlossen vor! sei unser Losungswort."

Man schreibt uns aus **Dresden:** Die Wahlaufrufe der verschiedenen Parteien in Sachsen liegen nunmehr vor. Unter ihnen verdient derjenige des Landesausschusses der „deutschfreisinnigen" Partei besondere Beachtung. Derselbe droht nämlich nicht nur mit Schmälerung des Geldbewilligungsrechts des Volks, der Bewilligung des Tabacks- und Branntweinmonopols und der Vernichtung des gleichen und geheimen Wahlrechts, wenn ein von der Mehrheit der Ordnungsparteien beherrschter Reichstag zusammentreten würde, sondern fügt dem noch das weitere Schreckniß hinzu, „daß dann die deutschen Eisenbahnen, auch die sächsischen, zu Reichseisenbahnen gemacht werden würden." Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" hebt bei Besprechung dieses Aufrufes hervor, Fürst Bismarck habe erst neuerdings im Reichstage entschieden erklärt, daß alle Behauptungen in Betreff der Einführung des Tabacks- und Branntweinmonopols, ebenso wie die Abschaffung des Wahlrechts vollkommen unbegründet seien; und deutet an, ob nicht gegen solche unbedingt unwahre, die Gemüther aufregende Behauptungen, wie sie jener Wahlaufruf aufstellt und wodurch der Reichsregierung geradezu die Absicht eines Verfassungsbruches unterlegt wird, ein strafrechtliches Vorgehen geboten wäre. Das genannte Blatt bezeichnet dann als eine klägliche Spekulation auf den Partikularismus die Stelle des Aufrufs in Betreff der sächsischen Eisenbahnen, wozu nach Lage der Sache nicht der geringste Anlaß vorhanden sei. Zu bemerken ist noch, daß der in Rede stehende Wahlaufruf die Militairfrage kaum erwähnt, und daß die Mehrzahl der sächsischen fortschrittlichen Landtagsabgeordneten denselben nicht unterzeichnet haben. Von dieser Seite trägt er nur die Namen Böhns, Heinze und Weigang.

— Aus **Mainz** wird der „K. Z." berichtet: „Nach einer aus guter Quelle stammenden Nachricht hat Bischof Dr. Haffner von Mainz am letzten Sonntag als Gast bei einem Festmahl in einer der ersten Familien unserer Stadt unumwunden seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß auch er für das Militairseptennat gestimmt sei. Von dem bisherigen Reichstagsabgeordneten, Domkapitular und Seminar-Regens Dr. Moufang-Mainz, wird die gleiche Anschauung versichert. — Das hiesige Zentrumsorgan ist tief verstimmt über den Erlaß des Oberhirten der Limburger Diözese. Es beklagt diesen Erlaß „im Interesse der großen und gerechten Sache wie im Interesse des Bischofs und seiner Diözese". Er „besorge ja nur, ohne es zu wollen, die Geschäfte des Fürsten Bismarck und der Feinde der Kirche". In seltsamer Logik mißt das Blatt dessenungeachtet dem bischöflichen Mahnwort keine „große Bedeutung" bei und trägt sich mit der gewiß eiteln Hoffnung, daß „die katholischen Wähler über denselben — zur Tagesordnung" übergehen würden. Nachdem die Zentrumspresse über den Papst zur Tagesordnung übergegangen ist, bleibt ihr allerdings kein Bischof mehr ein Hinderniß."

— Wie wir aus dem „Büdinger Anzeiger" ersehen, hätte der „deutschfreisinnige" Kandidat für **Friedberg-Büdingen** Major a. D. Hinze in seiner Kandidatenrede nicht Anstand genommen, den Klassenhaß zu schüren. Wenn wir es nicht gedruckt läsen, würden wir es nicht glauben!

— In **Holzminden** beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft bei einem Mitgliede des „deutschfreisinnigen" Komitees eine Partie Wahlflugblätter. Außerdem wurde auch ein zweites, auswärts gedrucktes Flugblatt beschlagnahmt.

— Wie die „Mecklenb. Landesnachr." mittheilen, ist Herr v. Ploetz-Balow von seiner Kandidatur für den 3. Mecklenburger Wahlkreis **Parchim** zurückgetreten.

— Im **2. oldenburgischen** Wahlkreis hat man Herrn Rickert als Verlegenheitskandidaten aufgestellt, der jetzt im Lande umherzieht und das Septennat als gleichbedeutend mit dem Zusammenbruche aller Freiheit erklärt. Der „Hannoversche Kourier" bemerkt über diese Kandidatur: „Früher war Herr Heinrich Rickert ganz anderer Meinung. Bei der vorigen Bewilligung des Septennats sagte er etwa: Er werde doch nicht ein solcher Narr sein, daraus einen Konflikt zu schaffen, ob die Militairbewilligungen für 3, 4 oder 7 Jahre geschähen. Weshalb schafft denn nun nach wenigen Jahren Herr Heinrich Rickert, derselben Angelegenheit wegen, einen Konflikt? Die Antwort liegt auf der Hand. Er will die Konflikte häufen, welche dazu dienen sollen, den Reichskanzler Fürsten Bismarck aus seiner Stellung zu drängen. Weshalb kandidirt nun aber Herr Heinrich Rickert nicht mehr in seinem alten Wahlkreise Danzig, wo er für unbesiegbar galt, sondern geht nach Oldenburg? Ein fortschrittliches Organ dort giebt die Antwort: Weil Herr Rickert seinem Freunde Schrader den Danziger Wahlkreis überlassen hat und nachdem dies geschehen, die Parteileitung „für diesen hervorragenden Politiker einen ganz sicheren Wahlkreis wünschte." Für einen solchen hält man den zweiten oldenburgischen, und zwar „einen der sichersten im ganzen deutschen Vaterlande, weil nie freie Friesen, deren Vorfahren schon für das Recht und die Freiheit gestritten, einem Kandidaten der Mischmaschler die Stimme geben würden". Die Antwort dortiger „freier Friesen" lautet aber anders. Sie sagen: Herr Rickert ist aus seinem Wahlkreise ausgewandert, weil er dort durchfallen würde. Die Trauben sind sauer. Die „Oldenb. Ztg." fragt weiter, warum denn Herr Huchtin, der frühere Ver-

Aus Berlin.

Kommunales und Lokales. ch. Der Magistrat hat beschlossen, den Antrag der Direktion der Berliner Pferde-Eisenbahngesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien J. Lestmann u. Comp., ihr die Genehmigung zur Anlage einer Pferdebahn zu ertheilen, welche vom Kriminal-Gerichtsgebäude durch die Straße Alt-Moabit über die Gotzkowsky-Brücke durch die auf Charlottenburger Gebiet belegene Marchstraße führen und dann weiter mit der Linie vom Kupfergraben nach Charlottenburg, sowie mit der Linie durch die Hardenbergstraße nach dem Lützow-Platze in Verbindung gebracht werden soll, der Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme zu empfehlen. Durch diese neue Pferdebahnlinie würde eine bisher noch nicht bestehende Verbindung des Lützow-Platzes mit Moabit hergestellt werden und dieser Stadttheil eine zweite Verbindung mit Charlottenburg erhalten. Für die Beurtheilung, ob die neue Linie an die genannte Gesellschaft oder etwa an die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft, welche sich nachträglich um die Genehmigung für die Bahnanlage beworben hat, vergeben werden soll, kommt der Umstand in Betracht, daß die Einnahmen der erstgenannten Gesellschaft sich seit 1882 von Jahr zu Jahr vermindert haben, so daß, da den Aktionairen für die Jahre 1882 bis 1884 nur eine Dividende von weniger als 6 pCt. bewilligt werden konnte, in Gemäßheit der Bestimmung des zwischen der Stadtgemeinde und dieser Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages bereits für das Jahr 1885 eine Herabsetzung der von ihr zu zahlenden prozentualen Abgabe von der Brutto-Einnahme von 4 auf 3 pCt. hat eintreten müssen. Der Magistrat ist der Meinung, daß die Einnahmen der Gesellschaft durch den Betrieb auf der neuen Linie sich wieder heben werden und dadurch in Zukunft werde eine weitere Herabsetzung der Abgabe vermieden werden. Auch Charlottenburg hat ein Interesse daran, daß die neue Linie an die genannte Gesellschaft vergeben werde, da diese nur in diesem Falle sich bereit erklärt hat, die von den städtischen Behörden Charlottenburgs an die Genehmigung für die Bahnanlage auf Charlottenburger Gebiet geknüpfte Gegenbedingung zum Bau einer Linie vom Stadtbahnhof Charlottenburg durch die Wilmersdorferstraße nach dem Wilhelmsplatz in Charlottenburg zu erfüllen.

ch. Zum Bau einer Markthalle für den Osten der Stadt war von dem Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung der Ankauf der Grundstücke Andreasstr. 56, Krautstr. 48a und Grüner Weg 96 für insgesammt 950 000 ℳ beantragt worden. Die Versammlung hatte in der Sitzung am 23. Dezember v. J. diesen Ankauf abgelehnt, hauptsächlich aus dem Grunde, weil das Grundstück Andreasstr. 56 durch das Dazwischentreten von Kommissionairen ganz wesentlich vertheuert worden war. Seit dieser Zeit haben die betreffenden Grundstücksbesitzer ihre Forderungen erheblich ermäßigt, sodaß die aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehende gemischte Deputation zum Ankauf von Grundstücken zu Markthallenzwecken dahin schlüssig geworden ist, den städtischen Behörden nunmehr den Ankauf der Grundstücke Andreasstraße Nr 56 für 500 000 ℳ zuzüglich 15 000 ℳ für Abfindung der Miether (frühere Forderung 59 000 ℳ), und Krautstraße 48a. für 173 000 ℳ (frühere Forderung 180 000 ℳ) zu empfehlen. An Stelle des früher ins Auge gefaßten Grundstücks Grüner Weg Nr. 96, dessen Besitzer mit seiner Forderung von 180 000 ℳ auf 165 000 ℳ herabgegangen ist, soll nunmehr das Grundstück Grüner Weg 95 für 147 000 ℳ angekauft werden. Der Magistrat hat sich den Vorschlägen der gemischten Deputation angeschlossen und wird diese Angelegenheit demnächst der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußunterbreiten.

* An die Zentralstationen der „Städtischen Elektrizitätswerke" sind in letzter Zeit so viel elektrische Lampen angeschlossen worden, daß hiermit den Ansprüchen der angemeldeten Konsumenten, welche an dem bereits vorhandenen Leitungsnetz liegen, Rechnung getragen ist. Die „Städtischen Elektrizitätswerke" sind gegenwärtig damit beschäftigt, die Leistungsfähigkeit ihrer Anlagen so zu vergrößern, daß im kommenden Winter noch weitere 12 000 Lampen von den vorhandenen Stationen aus mit elektrischen Strömen versorgt werden. Zu diesem Zweck wird das Kabelnetz über die gesammten Stadtbezirke ausgedehnt, welche vom Potsdamer Platz bis zum Spittelmarkt und von der Behrenstraße bis zur Zimmerstraße reichen. Um Reflektanten in denjenigen Stadttheilen, welche voraussichtlich erst in späterer Zeit Gelegenheit erhalten, die elektrischen Ströme aus Zentralstationen zu beziehen, schon jetzt elektrische Beleuchtung zugänglich zu machen, haben die „Städtischen Elektrizitätswerke" Vereinbarungen mit der „Deutschen Edison-Gesellschaft" dahin getroffen, daß letztere die Installationen in den betreffenden Gebäuden nach den für den Anschluß an Zentralstationen vom hiesigen Magistrat vorgeschriebenen Bestimmungen ausführt und die für die interimistische Benutzung erforderlichen Motoren und Stromerzeugungsmaschinen bis zum definitiven Anschluß an die Stationen zu günstigen Bedingungen den Konsumenten überläßt.

* Im Stadtmissionshaus, Johannistisch 6, findet Montag, den 14. d. Mts., Abends 6 Uhr, ein Thee-Abend zum Besten der Kinderpflege und Erziehungsanstalt „Zionshülfe" in Schöneberg, unter Mitwirkung des Zwölf-Apostelkirchenchors und geschätzter Solokräfte unter Leitung des Herrn Prüfer, statt. Ansprachen haben übernommen: Herr Hofprediger Dr. Frommel und Herr Pastor Diestelkamp. Eintrittskarten 1 ℳ

* („Der Bär".) Nr. 20 dieser Illustrirten Berliner Wochenschrift enthält u. A. folgende interessante Aufsätze: Des Residenten Freytag Beschwerde gegen die Frankfurter Oberpostamtszeitung (1755). Berliner Porzellane, von Walter Schwarz. Ein Brief des Prinzen Wilhelm von Preußen; Aennchen von Tharau; Friedrichs II. Gärtnerei bei dem Heere; Glucks Iphigenia nach dem Urtheil einer Zeitgenossin.

* Zu einem literarisch-artistischen Museum gestalten sich die Räume, in denen die für das Jubiläums-Ballfest des Vereins „Berliner Presse" bestimmten Tombola-Geschenke Aufbewahrung finden. In erster Linie haben natürlich Schriftsteller und Künstler, hat Kunst- und Buchhandel sich beeilt, für die glänzende Ausstattung der Tombola zu sorgen. Eine Reihe unserer ersten und populairsten Autoren sandten ihre Werke mit originellen Widmungen für die Gewinner. Mehrere der beliebtesten Komponisten sandten größere und kleinere Kompositionen. An werthvollen Original-Zeichnungen aller Art ist mancherlei eingeliefert, das künstlerisches Interesse in Anspruch nimmt. Adolf Titze in Leipzig, Hanfstängl in München bereicherten die lange Liste der werthvollen Gewinne ebenfalls um eine hübsche Anzahl, Wasmuth hier, Spemann, Hallberger, Krabbe in Stuttgart und viele Andere steuerten prächtige Gewinne bei. Mit einer Kollektion prächtiger Artikel ihres Verlages stellten sich Westermann, Staakmann, Paetel, Costenoble, Freund und Jeckel, Heinsius, Stilke, Wigand, Dümmler, Friedrich, Meinhold ein, fast Alle, die die Schätze heben, welche unsere Dichter häufen. An mancherlei Erzeugnissen der modernen Industrie fehlt es in der Reihe der Gaben natürlich auch nicht. Winken alle diese Herrlichkeiten schon jedem Besucher, so ist den Damen natürlich ein besonderes Angebinde zugedacht.

* „Reinecke Fuchs" wird in der heutigen Nachmittagsvorstellung des Zirkus Renz, und zwar auf vielseitiges Begehren, nochmals seine lustigen Streiche ausführen. Aber auch das übrige Nachmittagsprogramm bringt eine Menge komischer Szenen und Produktionen, welche diesen, hauptsächlich für unsere Kinder berechneten Vorstellungen den besonderen Reiz verleihen. Am Abend gelangt wieder die Ausstattungs-Pantomime: „Bacchus und Gambrinus" zur Aufführung.

* Die interessante Reise durch die oberitalienischen Alpen, welche zum ersten Male im Kaiser-Panorama, Passage, ausgestellt ist, wird so außerordentlich viel besucht, daß selbst in späten Abendstunden die Plätze nicht ausreichen, weshalb diese Sehenswürdigkeiten noch eine Woche verbleiben, während an Stelle von Wien der erste Zyklus von England, Schottland mit den Sehenswürdigkeiten der Residenz Windsor ausgestellt wird.

* (Große Eislauf-Vorstellung auf dem Neuen See.) Herr Karl Werner aus Christiania, der berühmte Kunst-Eisläufer und Meisterschaftsläufer der Welt, giebt zum Besten der Dr. Eschkeschen Taubstummen-Stiftung eine Wohlthätigkeitsvorstellung, welche am Montag den 14. Februar, um 2½ Uhr, auf dem Neuen See stattfinden wird. Es ist der Redaktion des „Wassersport" gelungen, Herrn Werner außerdem für 10 Vorstellungen auf der Sport-Eisbahn Bellevue zu bewegen, welche derselbe auf Veranlassung der dortigen Eispächter zu geben gewillt ist.

p. Es wird uns mitgetheilt, daß um die Verhütung des Unfalls, welchen die scheu gewordenen Pferde eines Wagens am Donnerstag in der Karlstraße anzurichten drohten, sich im Wesentlichen ein stud. jur. Quentin verdient gemacht hat, ohne dessen energische Mitwirkung es kaum möglich gewesen, die dahinrasenden Thiere aufzuhalten.

* Der Brand des Continentalhotels wurde gestern — man kann ja beinahe sagen selbstverständlich — sofort zur Herausgabe von Extrablättern benutzt, die, je weniger Thatsächliches sie boten, desto mehr im Sensationellen machten. So leistete sich das eine folgenden Satz: „Ob und wie viele Personen verbrannten, konnten wir zur Zeit noch nicht feststellen." — Der Schaden, den das Feuer und das Wasser anrichtete, wird auf Hunderttausende geschätzt. Die innere Ausstattung des Hotels ist, wie die „B. B. Z." mittheilt, bei der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft, der Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin und der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft zu gleichen Theilen in Gesammthöhe von 715 000 ℳ versichert.

* (Geheimmittel.) Die sogenannten Heßschen Lebenstropfen, verkauft von Albert Wolffsky, hierselbst, Templinerstraße 12 wohnhaft, bestehen, zufolge chemischer Untersuchung, aus einer spirituösen Lösung verschiedener ätherischer Oele, wie solche in gewöhnlichem Eau de Cologne enthalten sind, mit Zusatz von Essigäther. Der reelle Werth des Inhalts der für den Preis von 3 ℳ abgegebenen Flasche beträgt 30 ₰.

* (Empörend.) Am Morgen des 8. Februar erschien vor Beginn des Unterrichts in einer hiesigen höheren Töchterschule ein junger, anständig gekleideter Mann mit röthlichem Vollbart, setzte sich mit dem Bemerken, daß er auf die noch nicht anwesende Lehrerin warten wolle, auf eine Bank und begann mit den kleinen Schülerinnen, die ihn für einen neuen Lehrer hielten, unsittliche Scherze zu treiben. Ein kleines Mädchen war so besonnen, an die Thür der Nebenklasse, in welcher eine Lehrerin unterrichtete, zu klopfen. Dies veranlaßte den Unbekannten, sich zu entfernen, indem er die eintretende Lehrerin, welche ihn am Austritt hindern wollte, beiseite schob. Leider ist der Unhold entkommen.

* (Schwindler.) Am 9. Februar stellte sich dem Material-Waarenhändler S. in Spandau ein Mann als Fabrikant Max Haase, Lützowstr. 32 hierselbst vor und veranlaßte den Ersteren, eine Niederlage des Fabrikats „Möbel-Politur- und Reinigungs-Tinktur" zu übernehmen. S. kaufte 36 Flaschen von der Tinktur für 27 ℳ Als jedoch die versprochene Publikation in den Tagesblättern ausblieb, schöpfte er Argwohn, untersuchte die Tinktur und fand sie völlig werthlos. Die Nachforschungen nach dem angeblichen Haase blieben ohne Erfolg.

* (Polizeibericht.) Am 11. d. M. früh wurde ein obdachloser Handwerker in einem Lagerkeller des Hauses Admiralstraße 35 todt vorgefunden. Derselbe hatte am Abend vorher dort um Obdach gebeten und ist, da ihm dasselbe verweigert worden, wahrscheinlich bei dem Versuch, in dem erwähnten Keller zu übernachten, die nach demselben führende Treppe hinabgestürzt und an den dabei erlittenen Verletzungen gestorben. — Gegen Mittag wurde in